

# In politische Bildung investieren

**VON THOMAS BERENZ**

In diesen Tagen laufen im politischen Berlin die abschließenden Beratungen zum Bundeshaushalt 2024. Neben dem Ursprungsentwurf der Bundesregierung liegen, ganz unter dem Eindruck des jüngst verkündeten Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zur Umwidmung des sogenannten Corona-Sondervermögens, mehrere Beschlussempfehlungen sowie Änderungs- und Entschließungsanträge der Fraktionen vor. Mitte des Jahres wurde das Vorhaben der Bundesregierung bekannt, ihre Zuschüsse für die Bundeszentrale für politische Bildung um 20 Millionen Euro zu reduzieren.

Wohl nur der massiven Kritik unter anderem von Seiten der Träger politischer Bildungsarbeit, die mit ihren bürgernahen Projekten von der Reduzierung der Zuschüsse betroffen wären, ist es zu verdanken, dass der Haushaltsausschuss des Bundestages nun entschieden hat, die geplanten Kürzungen auf 300 000 Euro zu beschränken. Zudem wurden die Kürzungen im Kinder- und Jugendplan (KJP), aus dem Projekte der politischen Bildung für Jugendliche finanziert werden, zurückgenommen. Ein wichtiges und beruhigendes Signal, zumindest für das kommende Haushaltsjahr.

## Unverzichtbar für wehrhafte Demokratie

Doch wie wird es weitergehen? Angesichts einer äußerst angespannten Haushaltslage im Bund, an der sich in absehbarer Zeit wenig ändern wird, gibt es derzeit wohl nur für einen Bereich längerfristige Planungssicherheit. In den kommenden Jahren darf die Bundeswehr mit dauerhaft höheren Verteidigungsausgaben rechnen. So soll die Verteidigung von Frieden und Sicherheit im eigenen Land und im NATO-Bündnis nicht nur angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, sichergestellt werden. Die Entscheidung kann man nachvollziehen. Zugleich stellt sich die Frage, ob es allein damit getan ist, unsere materielle und personelle Verteidigungsfähigkeit zu finanzieren und sicherzustellen. Für eine wehrhafte Demokratie braucht es mehr.

Wir leben in einer Zeit besonderer gesellschaftlicher Herausforderungen und bedenklicher Umbrüche. Populismus, ein erstarkender Extremismus, Rassismus und Antisemitismus greifen immer mehr Raum. Der Hass gegen gesellschaftliche Minderheiten oder gegen politische Akteure nimmt in einem erschreckenden Maße zu. Das Vertrauen in die Demokratie und das Ideal einer post-migrantischen Gesellschaft geraten ins Wanken. Um Frieden und Sicherheit zu verteidigen und das demokratische Zusammenleben zu stärken, braucht es gerade jetzt politische Bildung als Raum der Reflexion, der Information und Emanzipation, als Korrektiv zu Fake-News und Ideologien. Politische Bildung zu fördern, sie dauerhaft zu sichern und auszubauen, wäre daher auch über das Haushaltsjahr 2024 hinaus eine gut angelegte, unabdingbare Verteidigungsausgabe.



**Der Autor ist Leiter der Erwachsenen- und Familienbildung im Bischöflichen Generalvikariat Trier. Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle.**

*Foto: Privat*